

Stellungnahme der Chemieorganisationen zur Energiedebatte

Sichere und bezahlbare Energieversorgung für die chemische Industrie in Deutschland

Stand: 28.04.2011

Nach dem großen Kernkraftunfall in Japan wollen die Deutschen mehrheitlich einen schnelleren Umbau der Energieversorgung, weg von der Kernenergie. Unabhängig von der Schnelligkeit, mit der jetzt ein Ausstieg aus der Kernenergie erfolgt, muss eine sichere und bezahlbare Energieversorgung für die chemische Industrie in Deutschland aufrechterhalten werden. Für die Energiepolitik ist das eine große Herausforderung.

Fakt ist: Bislang deckt die Kernkraft fast ein Viertel der deutschen Stromproduktion ab (Stand: 2010). Kurzfristig hat die Bundesregierung bereits knapp 5 Prozent der Leistung vom Netz nehmen lassen, über die Nutzung der verbleibenden Kapazitäten wird derzeit eine gesellschaftliche Diskussion geführt. All dies hat an der Strombörse bereits zu einem Strompreisanstieg von über 10 Prozent geführt. Gleichzeitig mehren sich die Stimmen, wie zuletzt die der Bundesnetzagentur, die vor Problemen in der Netzstabilität und der Stromversorgung warnen.

Das Energiekonzept vom Herbst letzten Jahres muss vor diesem Hintergrund weiterentwickelt werden. Es reicht nicht, an einzelnen Stellschrauben zu drehen, wir brauchen vielmehr ein durchdachtes neues Gesamtkonzept. Das neue Konzept muss alle drei Anforderungen an eine nachhaltige Energieversorgung erfüllen: Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaverträglichkeit. Für diese drei Ziele müssen nachvollziehbare und messbare Kriterien festgelegt und regelmäßig überprüft werden.

Aus Sicht des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI), der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) und des Bundesarbeitgeberverbandes Chemie (BAVC) sind bei der Entwicklung eines künftigen Energiekonzeptes die folgenden fünf Punkte als zentral zu beachten:

1. Energie ist essentiell für den Wirtschaftsstandort Deutschland

Deutschland ist ein Industrieland. Die Industrie trägt mit nahezu einem Viertel zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung in unserem Land bei. Sie ist die Grundlage für Wohlstand und Lebensqualität der Deutschen. Eine sichere und bezahlbare Energieversorgung ist hierfür unerlässlich.

Es ist eine traditionelle Stärke unseres Landes, Rohstoffe in wertvolle, für die Gesellschaft nützliche Produkte umzuwandeln. Dazu ist jedoch aus technischen Gründen eine erhebliche Menge an Energie erforderlich. Dabei fällt der Energieeinsatz nicht gleichmäßig entlang den Stufen der Wertschöpfungskette an. Die meiste Energie wird am Anfang der Wertschöpfungskette gebraucht, bei der Aufarbeitung der Rohstoffe zu Grundstoffen. Die Grundstoffe tragen damit einen großen „Energie- und CO₂-Rucksack“. Die weiterverarbeitenden Industrien und die Verbraucher profitieren von den energiereichen Grundstoffen.

Allein die chemische Industrie hat einen Strombedarf von rund 50 Milliarden Kilowattstunden (20 Prozent des produzierenden Gewerbes, 8 Prozent des Gesamtstromverbrauchs in Deutschland). Darüber hinaus entfallen auf sie mit 110 Milliarden Kilowattstunden Erdgas rund 13 Prozent des Gesamterdgasverbrauchs in Deutschland. Die chemische Industrie hat damit den absolut höchsten Energiebedarf aller industriellen Branchen in Deutschland. Energie war schon immer ein hoher Kostenanteil an der Produktion, weshalb die Verbesserung der Energieeffizienz auch schon immer eine hohe Bedeutung in der Chemie hatte.

2. Eine Energiewende erfordert einen gesellschaftlichen Konsens

Der Umbau der Energieversorgung weg von der Kernenergie erfordert erhebliche Investitionen in neue Kohle- und Gaskraftwerke sowie in Infrastruktur. Das bedingt ein höheres Maß an gesellschaftlicher Akzeptanz für technische Großprojekte als derzeit zu beobachten ist. An den Diskussionen über die künftige Energieversorgung in Deutschland müssen deshalb alle wesentlichen gesellschaftlichen Gruppierungen beteiligt werden. Maßgeblich gehört dazu auch die energieintensive Industrie, die mit einem Strombedarf von 120 Milliarden Kilowattstunden mehr als die Hälfte des industriellen Strombedarfs repräsentiert.

Die Energiewende sollte als iterativer Prozess gestaltet werden, in dessen Verlauf zu vorab festgelegten Bezugspunkten regelmäßig Standortbestimmungen vorgenommen werden. Kurskorrekturen müssen möglich sein, wenn sich aus der Standortbestimmung nicht erwartete bzw. nicht erwünschte Entwicklungen ergeben.

3. Die Industrie braucht sichere Grundlastversorgung

In den energieintensiven Industrien wie der Chemie muss der Strom das ganze Jahr und rund um die Uhr zur Verfügung stehen. Nur so können die Produktionsanlagen in effizienter Weise betrieben werden. Die aktuelle Grundlastversorgung erfolgt durch Kernkraft, Kohle und in geringerem Umfang durch Gas. Der größte Teil der erneuerbaren Energien ist für die Grundlastversorgung gegenwärtig nicht geeignet, da Wind und Sonne immer nur zeitweise Strom produzieren. Von den bereits heute in Deutschland installierten erheblichen Kapazitäten an erneuerbaren Energien sind weniger als 10 Prozent permanent verfügbar und zur Versorgung für die energieintensive Industrie geeignet.

Um erneuerbare Energien künftig stärker in die Grundlastversorgung einzubinden, bedarf es entweder zusätzlicher flexibel an- und abfahrbare Kraftwerke (mit sehr teurer Stromerzeugung), die einspringen, wenn kein Strom aus erneuerbaren Energien fließt. Oder es bedarf entsprechender Speicher, in denen die aus Wind und Sonne gewonnene Energie gesammelt und nach Bedarf abgegeben werden kann.

Das bedeutet: Fällt die Kernkraft weg, muss die Grundlastversorgung noch stärker von Kohle- und Gaskraftwerken übernommen werden. Der Wegfall der derzeit installierten 21.500 Megawatt Kernkraftkapazität kann nicht einfach durch erneuerbare Energien ersetzt werden. Kohle- und Gasnutzung führen zu höheren CO₂-Emissionen. Um diese Emissionen zu begrenzen, müssen neue hocheffiziente Kohle- und Gaskraftwerke gebaut und alte dadurch ersetzt werden.

Die Frage der Versorgungssicherheit ist auch mit dem künftigen Bedarf an Strom verbunden. Hierzu gibt das bisherige Energiekonzept bereits ein Ziel zur Stromverbrauchminderung von 10 Prozent bis 2020 im Vergleich zu 2008 vor. Eine solche starre Zielsetzung ist in der chemischen Industrie nicht ohne erhebliche Produktionseinbußen umsetzbar. In den letzten 20 Jahren hat die Chemie durch mögliche Effizienzsteigerung den durch Produktionswachstum erzeugten Mehrbedarf an Strom kompensiert. Der Strombedarf blieb damit konstant und wurde vom Produktionswachstum entkoppelt. Der Strombedarf für die Produktionen nähert sich auch immer stärker dem technischen Minimum. Deshalb wäre eine deutliche absolute Senkung des Stromverbrauchs nur durch einen Produktionsrückgang zu erreichen. Das hat das Krisenjahr 2009 gezeigt. Der Strombedarf sank zwar um 12 Prozent, der „Preis“ hierfür war ein Produktionseinbruch um 16 Prozent.

4. Industriestrom muss zu wettbewerbsfähigen Preisen verfügbar sein

Die chemische Industrie steht mit ihren Produkten in einem harten internationalen Wettbewerb. Im Gegensatz zur Stromwirtschaft, wo sich Preise rein regional bilden und jegliche Kosten über die Strompreise weitergegeben werden können, müssen sich die Chemieprodukte auf dem Weltmarkt behaupten. Ein wichtiger Faktor für die internationale Wettbewerbsfähigkeit dieser Produkte sind die Energie- und hier speziell die Stromkosten. Die Strompreise in Deutschland gehören aufgrund der Marktsituation aber auch aufgrund der staatlich induzierten Belastungen zu den höchsten in Europa und der Welt. Jede Preiserhöhung beim Strom um 1 Cent/KWh erhöht die Produktionskosten in der chemischen Industrie um 500 Millionen Euro pro Jahr. Kosten, die aufgrund des Wettbewerbs nicht über die Produkte weitergegeben werden können, sondern den Ertrag schmälern. Der Umbau der Energieversorgung darf nicht zu weiteren Wettbewerbsnachteilen für die chemische Industrie führen. Der Wandel des Strommix muss kostenoptimiert erfolgen. Dazu gehören vor allem die Kosten für die Förderung erneuerbarer Energien und die Zertifikatskosten im Emissionshandel und die Kosten für eine bedarfsgerechte Netzinfrastruktur.

Der Ersatz von Kernkraftwerken durch fossil befeuerte Kraftwerke wird zu einem Anstieg der CO₂-Emissionen führen. Das wird die Preise für Emissionshandelszertifikate in der EU steigen lassen, was dann zu höheren direkten Kostenbelastungen bei den emissionshandlungspflichtigen Chemieanlagen und zu höheren Strompreisen führt. Keinesfalls dürfen deshalb das EU-Klimaschutzziel und die Minderungsvorgabe im Emissionshandel verschärft werden.

Erhebliche Zusatzbelastungen drohen energieintensiven Unternehmen auch durch den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien. Bereits heute zahlen die meisten Chemieunternehmen eine EEG-Umlage von 3,5 Cent pro Kilowattstunde. Dies entspricht dem vollen Industriestrompreis mancher EU-Staaten wie z.B. Frankreich, wo aufgrund besonderer Regelungen der Preis gedeckelt ist. Insgesamt sind die Unternehmen der Chemie trotz einer teilweise entlastenden Härtefallregelung durch die EEG-Umlage derzeit mit 790 Millionen Euro belastet. Der geplante Ausbau der erneuerbaren Energien auf einen Anteil an der Stromerzeugung von 35 Prozent bis 2020 wird zu weiteren Zusatzbelastungen führen. Obwohl die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien immer effizienter und damit günstiger wird, bleibt sie auf lange Zeit deutlich teurer als die konventionelle Stromerzeugung. Aus diesem Grund muss die Härtefallregelung im EEG für besonders stromintensive Unternehmen und einzelne Betriebe in vollem Umfang erhalten bleiben und unbürokratischer werden. Insgesamt müssen die Ausgaben für erneuerbare Energien begrenzt werden, um die Unternehmen nicht zu überlasten, die nicht der Härtefallregelung unterliegen.

Darüber hinaus sind erhebliche Investitionen im zweistelligen Milliardenbereich erforderlich, um die Netzinfrastruktur den Bedürfnissen der künftigen Energieversorgung anzupassen. Diese Kosten werden ebenfalls vom Verbraucher zu tragen sein. Um die Belastungen zu begrenzen, muss auch hier ein kostenoptimaler Ausbau erfolgen und kein Ausbau um jeden Preis.

5. Die chemische Industrie ist mit ihren Produkten unverzichtbar für Energieeffizienz und Klimaschutz

Die Steigerung der Energieeffizienz ist eine wichtige Komponente eines nachhaltigen Energiekonzepts. Denn Energie, die eingespart werden kann, muss nicht erzeugt werden, kostet nichts und verursacht kein CO₂.

Energieeffizienz hat in der Chemie eine lange Tradition. Die chemische Industrie hat ihren Gesamtenergieverbrauch in der Zeit von 1990 bis 2009 um 33 Prozent reduziert und ihren Strombedarf nahezu konstant gehalten, während sie gleichzeitig die Produktion um 42 Prozent erhöht hat. Produktion und Ressourcenverbrauch sind in der Chemie entkoppelt. Hinzu kommt: Mit ihren Produkten trägt die chemische Industrie zu Energieeffizienz und -einsparung in allen Bereichen der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens bei. Bei der Nutzung der meisten Chemieprodukte wird ein Vielfaches von dem an Energie eingespart, was zu ihrer Herstellung benötigt wurde.

Solarzellen und Windkraftanlagen für die Stromerzeugung, Hochleistungsbatterien, Brennstoffzellen, Leichtbau und Wärmemanagement für die Elektromobilität, Dämmstoffe oder Wärmespeicher für energiesparsames Wohnen – solche Innovationen sind nur mit dem Know-how und den Produkten der Chemie möglich.

Ziel muss es sein, diese Produkte auch künftig innerhalb einer funktionierenden Wertschöpfungskette in Deutschland zu produzieren. Eine wesentliche Voraussetzung hierfür ist auch künftig eine sichere und bezahlbare Energieversorgung.

Herausgeber:

VCI – Verband der
Chemischen Industrie
Mainzer Landstraße 55
60329 Frankfurt am Main
www.vci.de

IG BCE – Industriegewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie
Königsworther Platz 6
30167 Hannover
www.igbce.de

BAVC – Bundesarbeit-
geberverband Chemie
Abraham-Lincoln-Straße 24
65189 Wiesbaden
www.bavc.de